

MAN: Mit Streik Schließung und Erpressung zurückzuschlagen!

- **Öffentliche Hand soll den Standort übernehmen - unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung!**
- **Belegschaft muss nächste Schritte demokratisch diskutieren und beschließen können!**
- **aufrechten Streikbeschluss ausnutzen - für einen 24-Stundenstreik als Reaktion auf die Kündigung von Leiharbeiter/innen!**
- **mit Streiks kann Druck gegen Schließung aufgebaut werden!**

Die Ankündigung der Drosselung der Produktion ab Mai und die Kündigung von Leiharbeiter/innen sind wie die Aussperrung von Erich Schwarz ein weiterer Versuch die Kolleg/innen bei MAN einzuschüchtern und zu erpressen. Gewerkschaft und Betriebsrat sollten so bald wie möglich eine Betriebsversammlung einberufen, bei der die Belegschaft weitere Schritte diskutieren kann - es gibt einen aufrechten Streikbeschluss, diesen sollte man auch einsetzen um diese Einschüchterung zurück zu schlagen. Ein Streik könnte auch Druck aufbauen um den Vorschlag einer Übernahme des Betriebes durch die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung Nachdruck zu verleihen. Kurz lässt sich nicht durch Bitten beeindrucken - Kampfaktionen sind wesentlich wirksamer. Ein Streik müsste aber demokratisch ablaufen und die Kolleg/innen durch Aktionskomitees mit Vertreter/innen aus allen Teams und Abteilungen einbeziehen. Wenn die Schließung konkret wird, sollte der Betrieb besetzt werden um Abtransport der Maschinen etc. zu verhindern.

Kampf international führen

Die Gewerkschaft sollte sich an die IG Metall Mitglieder in Deutschland für Solidarität wenden - denn wenn diese Einschüchterungstaktik durchgeht wird VW/MAN sie auch in Deutschland einsetzen wo ja auch Werke von Schließung und Personalabbau bedroht sind. Die IG Metall Führung hatte die Kolleg/innen in Steyr, Plauen und Wittlich de facto im Regen stehen lassen, als sie den Deal mit dem MAN-Management ausgehandelt hatte. Der Kampf gegen Schließungen, Personalabbau und Standortverlagerung muss international geführt werden. Wenn Werke nach Polen verlagert werden sollen müssen die Löhne der Kolleg/innen in Polen angehoben werden, damit sich Standortverlagerung für das Management nicht auszahlt.

MAN droht nach der Abstimmung mit einer Schließung des Werks in Steyr um die Kolleg/innen doch zu einer Annahme von Wolfs Angebot zu drängen. Aber die Alternative kann nicht sein Schließung oder Job- und Lohnverluste im Zuge eines Verkaufs an private Investoren. Die Alternative muss eine vollständige Übernahme durch die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung sein. Die Forderung der SPÖ nach einer 20%igen Staatsbeteiligung ist nicht genug - es

wäre nur eine kurzfristige Subvention für die Eigentümer und garantiert an sich keine Jobs. Nötig ist eine volle Verstaatlichung. Die Belegschaft und die arbeitende Bevölkerung sollten im Betrieb das Sagen haben, nicht irgendwelche Manager. Es sollte Jobgarantien für alle geben - Leiharbeiter/innen und Stammbelegschaft. Gemeinsam kann dann ein Plan zu einer Umstellung der Produktion erstellt werden, der sowohl die Bedürfnisse der Menschen wie auch des Planeten berücksichtigt. Mit einem alternativen Plan den die Belegschaft erarbeitet könnte eine Alternative zu Schließung und Jobabbau aufgezeigt werden, die breite Unterstützung bekommen könnte. Wir können uns nicht auf die etablierten Parteien verlassen - es braucht eine Partei die konsequent die Interessen von Arbeitnehmer/innen vertritt und in der sie selbst entscheiden.

- Weder Schließung noch Kündigungen oder Lohnverzicht!
- Für einen 24-stündigen Warnstreik um die Drohungen zurückzuschlagen als Schritt hin zu ausgedehnteren Kampfmaßnahmen um die Schließung abzuwenden
- Für Aktionskomitees im Betrieb und in der Region aller direkt oder indirekt Betroffenen
- Für eine nochmalige Demonstration, die die Bevölkerung in der gesamten Region und auch anderer betroffener Betriebe (z.B. Zulieferbetriebe die von MAN abhängig sind) einbezieht
- Gemeinsamer Kampf dagegen dass die Krise auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird
- Öffnung der Bücher von MAN/VW für eine öffentliche Prüfung durch die Beschäftigten
- Überführung des Betriebes in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung um den Standort zu erhalten
- Demokratischer Plan durch die Beschäftigten für eine Umstellung der Produktion die die Skills der Menschen, die technischen Möglichkeiten vor Ort, sowie die Bedürfnisse der Gesellschaft und des Planeten berücksichtigt
- Für einen gemeinsamen Kampf der Beschäftigten in der Auto Industrie international, in VW und anderen betroffenen Betrieben. Der internationale Kampf ist auch nötig um Lohndruck und Wettlauf nach unten durch Standortverlagerungen zu verhindern!